



09.07.2015

<https://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Karlsruhe~/Nein-zu-Atomwaffen-Karlsruher-OB-tritt-fuer-Verbot-ein;art6066,1683456>

## Karlsruhe Nein zu Atomwaffen: Karlsruher OB tritt für Verbot ein



Karlsruhes Oberbürgermeister Frank Mentrup hisst die Flagge des Netzwerks, "Mayors für Peace", an dem seit diesem Jahr auch Karlsruhe beteiligt ist. | Bild: (ks)

Karlsruhe hat sich am Mittwoch, 8. Juli, zum ersten Mal am Flaggentag des weltweiten Städtebündnisses "Mayors for Peace" (deutsch: Bürgermeister für den Frieden) beteiligt. Das Netzwerk fordert den Verhandlungsbeginn für ein ausnahmsloses Verbot von Atomwaffen weltweit. Oberbürgermeister Frank Mentrup hisste die Flagge vor dem Karlsruher Ständehaus.

Der Flaggentag erinnert an ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) vom 8. Juli 1996, in dem die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen als Verstoß gegen internationales Recht und gegen Prinzipien des humanitären Völkerrechts festgestellt wird. Zudem hat der IGH die völkerrechtlich verbindliche Verhandlungspflicht zur vollständigen atomaren Abrüstung festgestellt.

## US-Atomwaffen in Eifel stationiert

Weltweit befinden sich nach aktuellen Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI immer noch mehr als 15.000 Atomwaffen im Besitz von neun Ländern: USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Das sind zwar 500 Sprengköpfe weniger als noch in 2014, doch steht der Reduzierung der Waffen eine Modernisierung des vorhandenen Arsenalts gegenüber. Das betrifft auch die US-Atombomben, die in Deutschland bei Büchel in der Eifel stationiert sind.



"Die bisherigen politischen Mechanismen für Abrüstungsprozesse greifen nicht wie erhofft. Es fehlt eine Rechtsnorm, die Atomwaffen verbietet", erklärte Oberbürgermeister Frank Mentrup bei seiner Rede. "70 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki und vor dem Hintergrund aktueller geopolitischer Konflikte sei ein neuer Abrüstungsprozess notwendig, so Frank Mentrup.

### "Mayors for Peace"

Nach dem Hissen der Fahne setzte der OB als erster Unterstützer seinen Namen unter einen offenen Brief an die Bundesregierung, mit dem das Friedensbündnis Karlsruhe ein Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen weltweit fordert. Bis zum 1. September, dem Antikriegstag, will das Friedensbündnis möglichst viele Unterschriften sammeln und dann nach Berlin schicken.

Im Mai 2014 hatte sich der Gemeinderat mit deutlicher Mehrheit für den Beitritt der Stadt Karlsruhe zu "Mayors for Peace" ausgesprochen. "Die Forderung Atomwaffen abzuschaffen und den Atomwaffensperrvertrag durch die internationale Gemeinschaft einzuhalten, ist gerade für Städte ein grundlegendes menschenrechts- und sicherheitspolitisches Anliegen", sagte OB Mentrup am Mittwoch. Zwar hätten Städte formaljuristisch keine außenpolitische Kompetenz, die Verantwortung für die Sicherheit der Bürger verlange dennoch "in wichtigen Zukunftsfragen klar Position zu beziehen", so Mentrup.